

Wenn der Wirtschaftsrat der CDU zum Jahrestreffen in ein Berliner Hotel einlädt, werden sie alle da sein: Der Kanzler hat sich angekündigt, Wirtschaftsministerin Katherina Reiche, Kanzleramtsminister Thorsten Frei und Fraktionschef Jens Spahn. Im vergangenen Jahr sprach Astrid Hamker, Präsidentin des CDU-nahen Verbands, vom „Zauber“, der jedem Anfang innewohne. Dieses Jahr dürfte es ungemütlicher werden.

Frau Hamker, bald ist Schwarz-Rot ein Jahr im Amt. Welche Note geben Sie der Bundesregierung?

Aus heutiger Sicht würde ich der Bundesregierung insgesamt die Note „Mangelhaft“ geben. Das zeigt auch eine jüngste Umfrage unter unseren Mitgliedern.

Nur drei Prozent der befragten Mitglieder halten das Reformtempo dieser Koalition für angemessen.

An der Basis sind viele enorm unzufrieden und ungeduldig. Die Regierung hat viele Reformen versprochen, bislang aber viel zu wenig umgesetzt. Wir haben keine Zeit mehr. Die Unternehmen brauchen diese Reformen jetzt.

Was muss konkret passieren?

Wir haben seit Jahren strukturelle Probleme im Land. Das sind Altlasten, für die diese Regierung nichts kann. Unter Angela Merkel haben wir es verschlafen, unser Land fit für die Zukunft zu machen. Nun trifft unser geschwächter Standort auf massive exogene Gefahren.

Sie meinen Kriege und Ölkrise?

Genau. Um dagegenzuhalten, brauchen wir zahlreiche Strukturreformen. Wir müssen den Aufwand für Planungs- und Genehmigungsverfahren drastisch reduzieren, Berichtspflichten abbauen. Wir brauchen zwingend eine Reform des Sozialstaats, denn unsere Sozialabgaben sind im internationalen Vergleich viel zu hoch. Und wir benötigen dringend eine zügige Steuerreform.

Letzteres hat Schwarz-Rot für den 1. Januar 2027 versprochen. Zu spät? Wir fordern eine frühere Umsetzung. Auch rund drei Viertel der Un-



»Ich erwarte mehr Führung vom Kanzler«

CDU-Wirtschaftsratschefin Astrid Hamker stellt der Bundesregierung ein miserables Zwischenzeugnis aus

Interview von Felix Heck

ternehmen in diesem Land unterliegen dieser Steuer. Diese Entlastung sollte angesichts der wirtschaftlichen Lage vieler Unternehmen möglichst noch in diesem Jahr kommen. Die beschlossene Reduzierung der Körperschaftssteuer sollte vorgezogen werden.

Geht man angesichts der globalen Krisen nicht zu hart ins Gericht mit dem Kanzler? Auf externe Schocks hat er nur beschränkten Einfluss.

Andere europäische Länder sind denselben exogenen Risiken ausgesetzt, kommen aber weitaus besser durch diese Krisen. Weil sie robuster aufgestellt sind als wir.

Präsidentin mit Vorbild: Astrid Hamker sieht sich als Stimme der sozialen Marktwirtschaft nach Erhard

Deutschland als Standort robuster aufzustellen, hat der Bundeskanzler auch versprochen.

Aber wir schieben diese Aufgabe jetzt seit einem Jahr vor uns her! Erst hieß es vom Bundeskanzler, es werde „in den ersten 100 Tagen“ Reformen geben, dann kam der „Herbst der Reformen“, jetzt der „Frühling des Aufschwungs“. Was jetzt zählt, sind weniger neue Überschriften als sichtbare Umsetzung.

Was wünschen Sie sich für die Debatte der nächsten Wochen?

Mir gefällt nicht, mit welchem Misstrauen wir an viele der angekündigten Reformen gehen. Sobald Ex-

pertenkommissionen konkrete Vorschläge vorlegen, werden diese sofort von einzelnen Vertretern der Koalitionsparteien torpediert. Das zerstört das Vertrauen der Wirtschaft in die Handlungsfähigkeit der Regierung.

Welche Note würden Sie denn Friedrich Merz für seine Arbeit geben?

Auf der internationalen Bühne würde ich ihm ein „Sehr gut“ geben. Deutschland ist zurück auf der Weltbühne, wir werden in Brüssel und in Washington wieder ernst genommen. Das ist das Verdienst des Bundeskanzlers.

Und innenpolitisch?

Sein Management der Koalition ist maximal „befriedigend“. Friedrich Merz verfügt über ein starkes Mandat, er hat die Partei hinter sich. Trotzdem setzt er sich nicht durch gegen die SPD, die in dieser Koalition nur der Juniorpartner ist.

Was erwarten Sie von ihm?

Von einem Kanzler erwarte ich mir noch deutlich mehr Führung. Friedrich Merz muss von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen. Der Kanzler ist in einer schwierigen Lage, ich möchte nicht in seiner Haut stecken. Aber er darf nicht zulassen, dass die internen Konflikte seiner Koalition das Land lähmen. Ich traue ihm zu, dieses Bild schnell positiv zu verändern, wenn nun endlich die angekündigten Reformen kommen.

Lassen Sie uns zu einigen konkreten Vorhaben kommen. Welches Konzept für die Einkommensteuer finden Sie am besten?

Ich finde den Ansatz der Unionsabgeordneten Yannick Bury und Florian Dorn überzeugend. Damit scheint eine Art Quadratur des Kreises zu gelingen: Entlastungen für mittlere und untere Einkommen. Obere Einkommen würden nicht zusätzlich belastet. Unter dem Strich stünde laut Bury und Dorn sogar eine Erleichterung für alle Einkommen und damit auch für alle Personengesellschaften. Entscheidend ist vor allem die Entlastung beim sogenannten Mittelstandsbauch. Dass jemand mit knapp 70 000 Euro Jahreseinkommen heute bereits den Spitzensteuersatz zahlt, ist den Menschen einfach nicht mehr vermittelbar.

Die SPD verlangt zur Gegenfinanzierung eine stärkere Belastung von Spitzenverdienern. Ist das für Sie eine rote Linie?

Ja, aus heutiger Sicht ist das eine rote Linie. Unser Staat ist nicht unterfinanziert, sondern ineffizient organisiert.

Aber irgendwie müssen die Entlastungen doch finanziert werden.

Wir haben in Deutschland kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Statt Steuern zu erhöhen, sollten wir lieber massiv Subventionen abbauen. Genau das fordern ja auch Bury und Dorn. Der Ansatz, bei finanziellen Engpässen sofort wieder über Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer oder Reichensteuer zu debattieren, ist hingegen falsch.

Was heißt das konkret für diejenigen in der Union, die darüber sprechen, den Spitzensteuersatz anzuheben?

Es gibt das Grundsatzprogramm der CDU, in dem klar steht: keine Steuererhöhungen! Mit diesem Programm haben die Menschen die CDU ins Kanzleramt gewählt. Und daran sollte sich die CDU orientieren.

Aber damit verstärkt sich doch das Problem, das Sie eingangs skizziert haben: Beide Parteien sind blockiert, Reformen bleiben aus.

Am Ende müssen sich die Koalitionspartner einigen. Ich kann nur aus ordnungspolitischer Sicht vor jeder Steuererhöhung warnen. Sie sind unangemessen und standortgefährdend.

Als Nächstes steht eine Rentenreform an. Der Kanzler hat die Rente zuletzt als „Basisabsicherung“ bezeichnet. Stimmen Sie ihm zu?

Ich verstehe den Aufschrei nicht. Das ist doch keine Neuigkeit! Alle Wissenschaftler rechnen uns seit Jahren vor, dass unser aktuelles Rentensystem nicht demografiefest ist. Es ist die Pflicht eines Bundeskanzlers, den Bürgern gegenüber ehrlich zu sein und Wahrheiten auszusprechen.

Wie sieht für Sie dann das Rentensystem der Zukunft aus?

Um unseren Lebensstandard im Alter zu sichern, müssen wir das System umstellen: mehr Kapitaldeckung, die private sowie betriebliche Altersvorsorge stärken.

Beraterin, Managerin, Präsidentin

1966

wurde Astrid Hamker in Osnabrück geboren. Sie studierte BWL in St. Gallen

1995

Einstieg ins Unternehmen der Familie, der Piepenbrock Gruppe

2011

Hamker gründet eine eigene Agentur für Beratung

Seit 2019

führt Astrid Hamker den Wirtschaftsrat der CDU

Gleichzeitig müssen wir teure Rentengeschenke wie etwa die von der CSU durchgesetzte Mütterrente zurücknehmen. Und wir sollten uns als Gesellschaft darauf einstellen, länger arbeiten zu müssen. Als Wirtschaftsrat fordern wir seit vielen Jahren, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln.

Vor wenigen Monaten forderte Ihr Verband, dass Zahnarztbehandlungen nicht mehr von der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden sollten. Hat Ihnen diese Debatte geschadet?

Wir hatten als Wirtschaftsrat schon im vergangenen Herbst einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt. Da war der Vorschlag, Zahnarztleistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung zu nehmen, bereits als ein Vorschlag von vielen enthalten. Dieses Reformpaket ist auf breite Zustimmung gestoßen – im Bundeskanzleramt, im Adenauer-Haus, in der Fraktion.

Einen Aufschrei gab es trotzdem. Wo lag das Problem?

Das Problem scheint mir ein grundsätzliches zu sein. Einige Monate später haben wir die fünfseitige „Agenda für Arbeitnehmer“ veröffentlicht. Unser Ansatz war: erst Arbeitnehmer bei Steuern und Abgaben spürbar entlasten und dadurch Freiräume schaffen, damit bestimmte Leistungen stärker privat abgesichert werden können. Aus diesem schlüssigen Gesamtkonzept wurde dann der eine Punkt herausgegriffen und völlig isoliert skandalisiert. Das sagt viel aus über die Art und Weise, wie wir in diesem Land über Reformen sprechen und wie schwer wir uns damit tun.

Konnten Sie mit Merz noch mal über Ihren Vorschlag sprechen?

Wir haben mit dem Kanzleramt einen guten Austausch. Friedrich Merz weiß, wofür der Wirtschaftsrat steht. Er war viele Jahre bei uns im Präsidium und auch Vizepräsident. **Kommende Woche ist er zu Gast bei Ihrem Verband. Welche Botschaft sollte er setzen, damit es Applaus gibt?**

Der Bundeskanzler muss uns Unternehmern jetzt beweisen, dass er sich in der Koalition stärker durchsetzen wird. Dann klappt es auch wieder mit dem Applaus. ■